



# Die Tätigkeitsgesellschaft als Mittler bürgerschaftlichen Engagements

Sozialgenossenschaften  
Wege zu mehr Beschäftigung  
bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft  
Paritätische Akademie 15. September 2001

Exkurs  
Arbeiten im 3. System  
Soziale Wirtschaftspolitik  
am Beispiel kommunaler Beschäftigungspolitik

Lothar Binding (Heidelberg)

Lothar Binding

**SPD**

## INHALT

<b>TÄTIGKEITSGESELLSCHAFT UND BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT .....</b>	<b>3</b>
Erwerbsgesellschaft und Zukunftsfähigkeit .....	3
Tätigkeitsgesellschaft ist mehr als Erwerbsgesellschaft .....	3
<b>Tätigkeitsgesellschaft – Stabilisator Bürgerschaftlichen Engagements .....</b>	<b>8</b>
Wandel der Arbeitsgesellschaft .....	8
<b>Überwindung der wichtigsten Ursachen unserer Trennungsgesellschaft .....</b>	<b>10</b>
Erste Zielsetzungen .....	10
Das Drei Schichten Modell .....	11
Das Modell New Work .....	11
Das Münchner Modell .....	11
Das Stiftungsmodell .....	13
Das Modell Bürgerarbeit .....	14
Offene Fragen .....	14
Für die Zukunft .....	15
<b>EIN KONKRETER ANSATZ: „ARBEIT STATT SOZIALHILFE“ .....</b>	<b>16</b>
Vorbemerkung .....	16
Privater Sektor .....	16
Öffentlicher Sektor .....	17
<b>Das 3. System .....</b>	<b>21</b>
Definitionen .....	21
Neue Organisationsformen .....	22
<b>Lokale Ökonomie am Beispiel kommunaler Haushaltspolitik .....</b>	<b>22</b>
<b>Startimpulse für Beschäftigung an fünf Beispielen .....</b>	<b>24</b>
1. Transferkosten umlenken .....	24
2. Contracting für Arbeitsplätze statt Energiekosten .....	24
3. Heidelberger Programm zur Sicherung kommunaler Beschäftigungspolitik .....	25
4. Öffentliche Stiftung zur Förderung regionaler Beschäftigung .....	26
5. Kredit-Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" .....	27
<b>Dauerhafte Beschäftigung und Stärkung der regionalen Wirtschaft .....</b>	<b>28</b>

Lothar Binding

**SPD**



# Tätigkeitsgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement

## Erwerbsgesellschaft und Zukunftsfähigkeit

Die Not(!)wendigkeit der Entwicklung zukunftsfähiger Gesellschaftsmodelle führt in jüngster Zeit immer häufiger dazu, über unsere Gesellschaft in ihrer Reduzierung auf „Erwerbsgesellschaft“ nachzudenken. Die Analyse der existierenden gesellschaftlichen Strukturen führt schnell zu der Erkenntnis, dass diese Strukturen in vielen Fällen keine selbstkorrigierenden Mechanismen enthalten. Anlässlich vergleichsweise geringer Störungen beobachten wir Entwicklungen, die vielleicht am besten mit "Teufelskreis" beschrieben werden können. Arbeitslosigkeit, Armut oder Gewalt aber auch wirtschaftliche, pädagogische und politische Fehlentscheidungen oder ökologische Gedankenlosigkeit, um nur einige Beispiele zu nennen, sind, als anfangs kleine Störungen unserer eigentlich auf ganz andere Ziele ausgerichteten gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Ziele, sich selbst verstärkende Faktoren, die schließlich unkontrollierte Kräfte, z.B. Krisen oder Katastrophen und gewaltiger gesellschaftlicher Anstrengungen bedürfen, um sich aus diesem sich selbst verstärkenden "Teufelsmechanismus" zu befreien.

Die beiden Hauptursachen für diese Situation sind meines Erachtens:

1. Die Reduzierung unserer Weltsicht auf die primitivste aller Darstellungsformen, nämlich der auf kurzfristige monetäre Zielstellungen, auf Tauschwertrelationen.
2. Die Reduzierung hoch komplexer Wirkungszusammenhänge auf die Betrachtung einzelner Meßgrößen oder auf kleine Parametergruppen, in unangemessen kurzen Zeiträumen.

Langfristige, komplexe, sich selbst korrigierende Trendstabilisatoren und die dazu gehörigen gesellschaftlichen Zieldefinitionen haben keinen Platz im hektischen DAX-gesteuerten Saisonalgeschäft des Managements. Auf dieser Basis ist uns die Zukunftsfähigkeit verloren gegangen.

## Tätigkeitsgesellschaft ist mehr als Erwerbsgesellschaft

In der langen Aufbauphase nach dem zweiten Weltkrieg, und in der daran anschließenden Konsolidierungsphase, gefolgt von sinusähnlichen Konjunkturzyklen entlang einer stetig steigenden wirtschaftlichen Trendentwicklung waren viele Formen sozialwirtschaftlicher Selbsthilfeeinrichtungen in Vergessenheit geraten.

An den Wachstumserfolgen partizipierten mehr oder weniger alle Gruppen unserer Gesellschaft. Jeder hatte kurzfristige Ziele, Arbeitseinkommen und Vermögenzuwachs; die absolute Regelmäßigkeit und Stetigkeit im Arbeitsleben waren hervorragende Voraussetzungen, um sich in der Freizeit ehrenamtlich zu organisieren und zu engagieren.

Lothar Binding

**SPD**



Karl Birkhölzer schreibt<sup>1</sup>: "Dabei wurden die historischen Erfahrungen mit den Krisenerscheinungen der Marktwirtschaft entweder weitgehend verdrängt oder im Konzept der 'sozialen Marktwirtschaft' als überwunden angesehen. In der Folge kam nicht nur der Begriff der Sozialwirtschaft mehr und mehr abhanden, vielmehr wurde v.a. in der Praxis die im Begriff zum Ausdruck gebrachte Integration von wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen aufgebrochen, wodurch sich die entsprechenden Organisationen und Initiativen nach und nach entweder in rein kommerzielle Unternehmen oder überwiegend staatlich finanzierte Sozial- bzw. Wohlfahrtsinstitutionen verwandelten – ein Prozeß, der im Zusammenbruch der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaftsbewegung (Loesch 1979) seinen makabren Höhepunkt und zugleich Abschluß fand. Gleichzeitig entstand aber mit der Entwicklung der 'neuen sozialen Bewegungen' auch der Kern einer 'neuen sozialen Ökonomie', die teilweise an verschüttete Traditionen der Genossenschafts- und Gemeinwirtschaftsbewegung wieder anknüpfte<sup>2</sup>, andererseits aber auch völlig neue Formen sozialer Unternehmungen hervorbrachte".<sup>3</sup>

In diesem Spannungsfeld zwischen kollektivem Vergessen alter integrativer Ansätze wirtschaftlicher und(!) sozialer Ziele und der praxisorientierten Entwicklung neuer sozialer Bewegungen finden wir beides: Elemente einer sozialfeindlichen Trennungsgesellschaft genauso wie konkrete Ansätze sozialwirtschaftlich organisierter Arbeit, dessen wichtigste Sphäre für mich dabei im 3. System liegt. Das 3. System wird deshalb weiter unter ausführlicher behandelt.

Wir leben in einer „Trennungsgesellschaft“, die sich aufteilt in:

- Gewinnern, Verlierern
- Personen mit Erwerbsarbeit und solchen Personen ohne
- Aufgenommenen, Ausgegrenzten
- Vermögenden, Mittellosen
- Reichen, Armen
- Mächtigen, Ohnmächtigen
- Industrieländern, Entwicklungsländern
- ...

Nach einer defätistischen Prognose des US-Wirtschaftsexperten Jeremy Rifkin sieht die Beschäftigungsstruktur schon in 20 bis 50 Jahren so aus, dass nur 20% aller Erwerbsfähigen einer Erwerbsarbeit nachgehen und 80% sich "so durch schlagen". Ähnliche Szenarien lassen sich für eine ökologische oder kulturelle Zukunftsentwicklung beschreiben. Selbst "die Gewinner", oder besser: jene gesellschaftlichen Minderheiten, die einen zeitlich befristeten Vorteil von einer solchen Entwicklung haben, werden erkennen, dass eine solche Entwicklung nicht zukunftsfähig ist.

---

<sup>1</sup> Gutachten "Erwerbsarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Sozialwirtschaft" für die "Enquete-Kommission Bürgerschaftliches Engagement" des Deutschen Bundestages.

<sup>2</sup> Vergleiche auch: Flieder 1984, Novy/Mersmann 1991, Vilmar/Runge 1988

<sup>3</sup> Vergleiche auch Birkhölzer/Lorenz 1997



Wir brauchen also einen neuen Gesellschaftsvertrag, um diese "Trennungsgesellschaft" zu überwinden und den damit einhergehenden Gefahren zu begegnen. Dieser Befund führt zu Überlegungen, unsere bisher wesentlich über mōnetäre Kenngrōßen beschriebene Gesellschaft umfassender zu betrachten.

In diesem Beitrag geht es um eine über die Erwerbsarbeit hinausgehende Betrachtung: der Betrachtung unserer Tätigkeits- bzw. Bürger- oder Zivilgesellschaft<sup>4</sup> und ihren Funktionselementen als Stabilisatoren Bürgerschaftlichen Engagements, die ihrerseits zerfallen

Wie kompliziert schon einfache Versuche der Beschreibung unseres – wenn auch auf mōnetäre Zusammenhänge reduzierte - Wirtschaftssystems werden, zeigt nachfolgende Skizze.

---

<sup>4</sup> Mit Zivilgesellschaft sind hier Akteure und Aktivitäten zwischen gesellschaftlicher Selbstorganisation, Familie, Staat und Markt gemeint.

# Wirtschaftskreislauf I

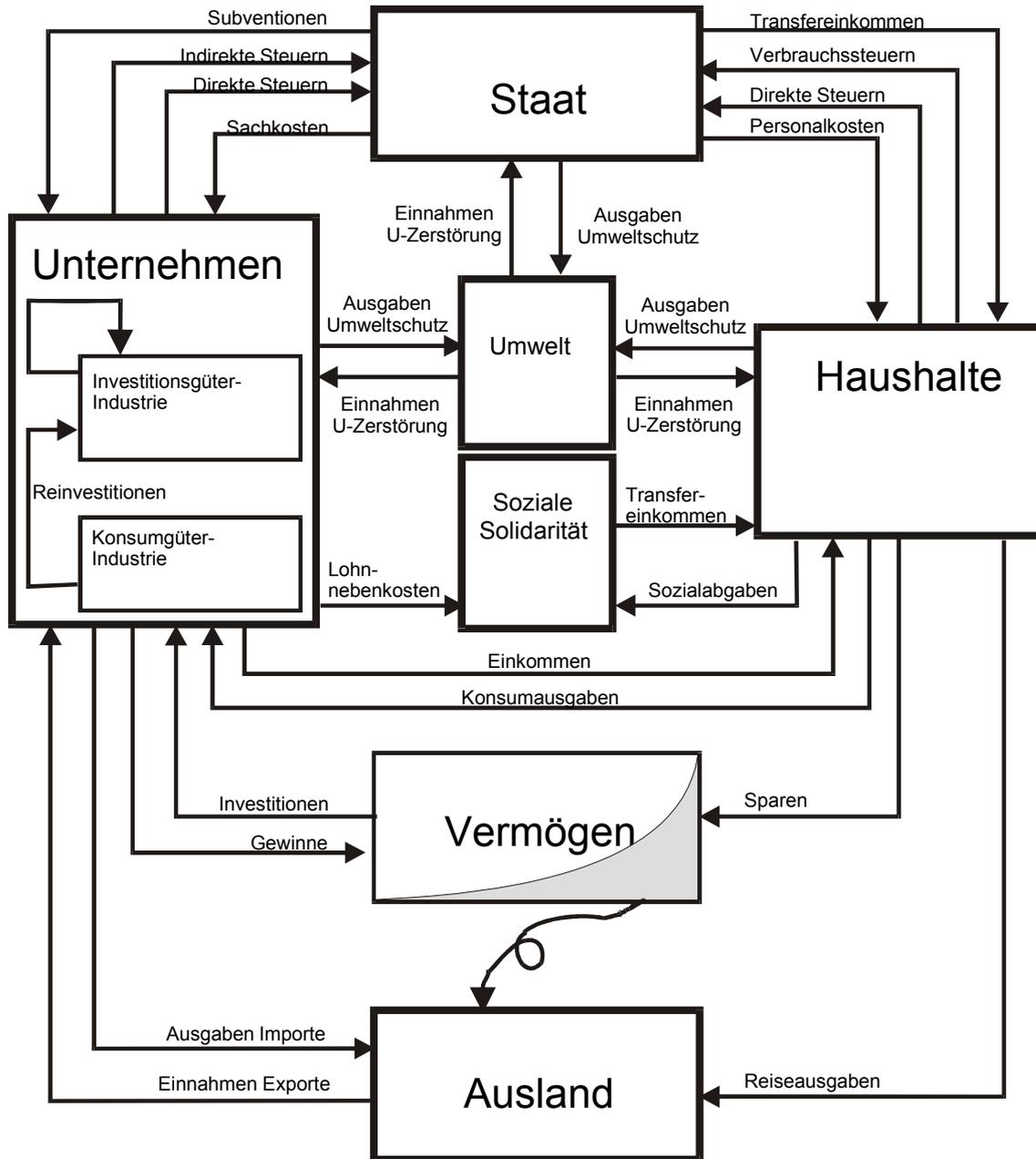


Bild 1

Soziale, ökologische, kulturelle oder Ziele, die bestimmte ethisch moralische Werte verfolgen, sind in dieser Darstellung höchstens implizit vorhanden. Auch Ziele, die einem zeitlichen Wandel unterliegen, werden nicht transparent.





Unsere Ökonomie ist kein zukunftsfähiges Modell, weil es systemisch<sup>5</sup> auf die monetäre Dimension des Marktes reduziert. Die Volkswirtschaft mißt das wirtschaftliche und gesellschaftliche Geschehen in Geldwerten und macht keine Aussagen darüber wie unser Leben [was?] in fünf, zwanzig oder 200 Jahren aussehen wird. Die Messung von Lebensqualität oder die Auswirkungen von zum Beispiel steigendem Ölverbrauch oder sinkender Geburtenrate bleiben außer Betracht. In einem Gespräch mit einem jungen in einer US-amerikanischen Firma aktiven Manager fragte ich danach, ob er sich vorstellen könne, was seine Enkel darüber denken werden, dass wir schon bald die gesamten Ölreserven aufgebraucht haben werden. "It's not my business" war seine Antwort.

Die Ursachen für jetzige und zukünftige soziale und ökonomische Krisen liegen auch in der Trennung von Produktion (Marktökonomie, Erwerbsarbeit) und Reproduktion. Reproduktion der Arbeitskraft (Freizeit, Erholung, Schlaf, ...) und die Reproduktion von Natur- und Umwelt (z.B. Aufforstung abgeholzter Wälder, ...) sind aber wichtigste Komponenten im wirtschaftlichen Prozeß und eine notwendige Voraussetzung marktökonomischer Produktion, ohne die dauerhaft keine Produktion stattfinden kann.

Die Tätigkeitsgesellschaft umfaßt zunächst das Zusammenwirken und die gemeinsame Beschreibung marktbezogener Produktion und Reproduktion. Wenn ich von Tätigkeitsgesellschaft spreche, nehme ich, um Adelheit Biesecker<sup>6</sup> zu zitieren: "die ganze Arbeit in den Blick". Reproduktion der humanen und ökologischen Ressourcen sind notwendig aber nicht hinreichend für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft – ja sie sind noch nicht einmal hinreichend für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsprozeß. Die Reproduktion der notwendigen Voraussetzungen für unseren Wirtschaftsprozeß umfaßt das klassische Ehrenamt ebenso wie das bürgerschaftliche Engagement, die – im Regelfall unbezahlte – Versorgungsarbeit in den Familien, die Erziehungsarbeit unserer Kinder genauso wie die in Selbsthilfe organisierte Pflege, soziale Betreuung und Resozialisation von auch im Erwerbsarbeitsprozeß Beschädigten.

Die über reine Erwerbsarbeit hinausgehenden "Tätigkeiten", damit sind auch Erkenntnisprozesse, Erfahrungen<sup>7</sup> sowie der Raum der Interaktionen zwischen den die Tätigkeiten ausübenden Individuen oder Gruppen gemeint, all dies bildet eine enorme Menge an Fähigkeiten<sup>8</sup>, die letztendlich auch wieder denjenigen zugute kommen, die

---

<sup>5</sup> In der Wirtschaft gibt es viele Mechanismen, Erträge zu erzielen und Ertragsorientierung zu organisieren; im Zweifelsfall wird eine nicht ertragsfähige Struktur aufgegeben. Entsprechende Wirkungsmechanismen für langfristige, ökologische Ziele gibt es nicht; im Gegenteil häufig verschütten kurzfristig montäre Ziele jene Ziele, die zu erreichen für unsere Gesellschaft überlebensnotwendig sind.

<sup>6</sup> Adelheit Biesecker, Berlin 1999, "Auf's ganze gehen – Perspektiven der (Frauen-) Arbeit"

<sup>7</sup> Erfahrung verstanden als aus Erlebnissen abgeleitete Reflektionen (hier: aus Erlebnissen im bürgerschaftlichen Engagement)

<sup>8</sup> Nehmen wir nur das ungeheure Organisations- und Managementtalent von Müttern mit einigen Kindern, einer Halbtagsbeschäftigung, einem privaten Haushalt, begrenztem Haushaltsgeld, einem Kindergarten der zur Unzeit öffnet oder schließt, einem Ehemann, der vielleicht nicht nur um sich vor solchen Arbeiten zu drücken, mit Staubsaugen, Kinderwickeln, Kochen, Bügeln und Reisevorbereitung stets überfordert ist, und kinderlosen Nachbarn die stets die neuesten, literarisch verarbeiteten Erziehungsprinzipien mit kritischem Unterton vortragen – welch enormes Potential wird hier aufgebaut



sich den Nutzen aus der Erwerbsarbeit aneignen, also den Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Den einen mehr, den anderen weniger.

Diese Beobachtungen sind nicht neu und schlagen sich inzwischen in erwerbsorientierten Prozessen nieder. In den USA z.B. durch die systematische Verknüpfung zwischen privaten Unternehmensinteressen und öffentlichen Interessen: Arbeitnehmer im mittleren Management kümmern sich unter der Bezeichnung "Corporate Volunteering" um öffentlichen Aufgaben. Unternehmen "schicken" ihr Management zur freiwilligen Arbeit in sozial-, kultur-, bildungs- oder sportpolitischen Bereichen. Die Antwort auf die Frage: "Warum machen Sie dies" ist stets: "giving back to the community". Es mag ja sein, dass damit noch weitere Ziele verfolgt werden: Marketing, Kundenbindung, Steuerersparnis und last but not least: Erweiterung des Erfahrungshintergrunds und Persönlichkeitsbildung, aber gleichwohl dient dieses Engagement auch der Gesamtgesellschaft.<sup>9</sup>

In einer Tätigkeitsgesellschaft, verstanden als Erweiterung der Erwerbsgesellschaft, lassen sich wirtschaftliche und gesellschaftliche Austauschprozesse nicht auf ihre marktökonomische Bedeutung reduzieren. Rein monetäre, nur auf einen Zeitschnitt reduzierte Darstellungen der nationalökonomischen oder internationalen Wirtschaftskreisläufe, wie etwa in Bild 1, sind nicht zielführend, denn er berücksichtigt nicht das Kriterium der Nachhaltigkeit wie eigentlich verfolgen wollen.

## **Tätigkeitsgesellschaft – Stabilisator Bürgerschaftlichen Engagements**

Im vorhergehenden Abschnitt wurde schon angedeutet, wie der Übergang unserer Betrachtung von der Erwerbsgesellschaft zu der umfassenderen Tätigkeitsgesellschaft die wechselseitige Abhängigkeit von rein erwerbsbezogener Tätigkeit und Bürgerschaftlichem Engagement miteinschließt. Dies ist unabhängig davon, ob aufgrund historischer, politischer oder anderer Gründe "gesellschaftlich richtig gemessen" wird, oder ob bestimmte Leistungen bzw. Arbeiten, auch Engagement genannt, in traditionellen Bewertungssystemen nicht vorkommen.

### **Wandel der Arbeitsgesellschaft**

Die Zivil- oder Tätigkeitsgesellschaft nimmt sich allen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen an. Alle Arbeitsformen, produktiv, wie reproduktiv, werden berücksichtigt, die zukünftigen Wirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft mit einbezogen; neben wirtschaftlichen, werden soziale, kulturelle und ökologische Ziele aufgenommen.

---

und inzwischen immer häufiger auch im Erwerbsleben – mal abgesehen von den oberen Rängen der Führungspyramide – zum Einsatz gebracht wird

<sup>9</sup> Bei diesem Hinweis auf das "Corporate Volunteering" in den USA, also einer Art Zeitspende (im Unterschied zum "Corporate Giving", der Geldspende von Unternehmen) ist zu bedenken, dass die Verhältnisse in den USA mit denen in Deutschland kaum vergleichbar sind. Viele in Deutschland von der "öffentlichen Hand" erledigten Aufgaben werden in den USA mehr schlecht als recht von der Kommune oder seitens des Landes wahrgenommen. Große Bereiche sind absolut abhängig von privatem Engagement.



Lothar Binding

**SPD**



Wir müssen den Übergang von der eindimensionalen Ökonomie in ihre Einbettung in eine soziale und natürliche Welt vollziehen. Hierfür ist die Aufhebung der Fixierung auf den Erwerbsarbeitstag – ganztägig, ganzwöchentlich, ganzjährig, lebenslänglich – notwendig, sowie die Aufhebung der Fixierung auf Bezahlung traditioneller Erwerbsarbeit.

Es muß eine Neuorientierung der Dimension ZEIT, sowie der Dimension GELD stattfinden.

Unsere Zukunft liegt in der Synergie von Produktion und Reproduktion und in einer gesamtheitlichen Betrachtung.

Nicht zuletzt angesichts einer, trotz vieler Bemühungen, immer noch hohen Zahl arbeitsloser Menschen, angesichts einer galoppierenden Globalisierung und einem beschleunigten technologischen Fortschritt bei gleichzeitig zunehmender Umweltzerstörung und steigendem Ressourcenverbrauch wird vermehrt über die „Zukunft der Arbeit“ und Beschäftigungsalternativen zum „regulären“ Arbeitsmarkt diskutiert.

Wir erkennen, dass unsere klassische, auf eine ökonomische Dimension reduzierte Definition unserer Arbeitsgesellschaft nicht zukunftsfähig ist. Das gilt umso mehr für unsere Lebensweise. Eine Ursache dafür ist die Trennung in einerseits gemessene und bezahlte Arbeit – hier gehen Leistungs- und Zeitparameter ein – andererseits in unbezahlte und auf der Inputseite marktökonomischer Prozesse ignorierte Arbeit. Diese Schieflage führt regelmäßig unregelmäßig in soziale und ökologische Krisensituationen.

Vorschläge zur Neuordnung der Arbeitsgesellschaft orientieren sich an der Vision der von Hannah Arendt entworfenen "Tätigkeitsgesellschaft". In ihrer Schrift "Vita Activa oder vom täglichen Leben"<sup>10</sup> diagnostizierte sie einen Wandel der Arbeitsgesellschaft, der am Rückgang der Erwerbsarbeit in den Industrienationen erkennbar wird. Um diesem Problem zu begegnen, diskutiert sie eine grundlegende Umstrukturierung, der in der Gesellschaft erbrachten Arbeitsformen. ##

Die Tätigkeitsgesellschaft ist ebenso wie die Erwerbsgesellschaft eine besondere Ausprägung der Arbeitsgesellschaft.

Das Konzept der Tätigkeitsgesellschaft erweitert allerdings den klassischen Arbeitsbegriff um Tätigkeiten, die zwar von der Gesellschaft als bedeutsam erachtet werden, aber im Rahmen der Erwerbsarbeit nicht bezahlbar sind.

Als Beispiele lassen sich anführen: Eigenarbeit, Haus- und Erziehungsarbeit, Versorgungsarbeit, Ehrenamt, Vereinsarbeit, Netzwerkarbeit (z.B. Nachbarschaftshilfe), Selbsthilfe und öffentlich gemeinnützige Arbeit<sup>11</sup>.

---

<sup>10</sup> Arendt, Hannah 1981: Vita activa oder vom tätigen Leben: München, Zürich

<sup>11</sup> Biesecker, Adelheid 2000: Arbeitsgesellschaft – Tätigkeitsgesellschaft – Mitgestaltungsgesellschaft. Umrisse eines zukunftsfähigen Arbeitskonzepts. In: Berliner Debatte INITIAL 11/2000



Alle Arbeitsformen können als eine Triade<sup>12</sup> dargestellt werden.

1. Erwerbsarbeit
2. Individuell nützliche Arbeit (private Eigenarbeit)
3. Gesellschaftlich nützliche Arbeit (Ehrenamt)

Es ist, denke ich, notwendig, dass sich das Gefüge innerhalb dieser Triade der Arbeit qualitativ verändert. Die genannten unterschiedlichen Arbeitsformen dürfen nicht länger getrennt betrachtet werden oder gar getrennt oder in einem gegensätzlichen Verhältnis stehen, sondern sie müssen sich ergänzen. In der klassischen Erwerbsgesellschaft ist nur die Erwerbsarbeit von Bedeutung, dagegen sind in der Tätigkeitsgesellschaft Erwerbsarbeit, private Eigenarbeit und Ehrenamt gleichwertig.

So ist das überall nachzulesen. Aber noch einmal: die Reproduktion der Arbeitskraft in der „Freizeit“ ist notwendiger Bestandteil der Arbeit, die ohne Reproduktion der Arbeitskraft nicht denkbar ist.

Orientiert an – wenigstens abstrakt allgemein akzeptierten – Zielen bietet die Tätigkeitsgesellschaft die Möglichkeit die Grenzen zwischen Erwerbsarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement unter Synergiegesichtspunkten so zu gestalten, dass die wichtigsten Ursachen unserer Trennungsgesellschaft überwunden werden können.

Hier beschränke ich mich auf drei Zielsetzungen die nachfolgend auf der Grundlage einiger Aufsätze von Gerd Mutz, Irene Kühnlein, Orio Giarini, Patrick Liedke und Stefan Nährlich, recherchiert von Susanne Vogel, genauer dargestellt werden.

## **Überwindung der wichtigsten Ursachen unserer Trennungsgesellschaft**

### **Erste Zielsetzungen**

- Umbau der Arbeitsgesellschaft in eine Tätigkeitsgesellschaft. Es soll Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert werden. Auf diese Weise soll erreicht werden, dass die Nachfrage nach Erwerbsarbeit sinkt und damit zugleich die Arbeitslosigkeit beseitigt wird. Sinnstiftende Betätigungsmöglichkeit für Arbeitslose sollen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern.
- "Bürgerarbeit" soll einen Beitrag zum Umbau des Sozialstaates leisten, indem soziale Dienstleistungen außerhalb der professionellen Hilfesysteme erbracht werden.
- Ausbau von freiwilligem Engagement zur "Bereicherung der demokratischen Kultur".

Im folgenden werden verschiedene Modelle einer Verbindung von Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und Ehrenamt vorgestellt.

---

<sup>12</sup> Mutz, Gerd / Kühnlein, Irene 1998: Die Tätigkeitsgesellschaft. In: Universitas 8/98, S. 754.



## Das Drei Schichten Modell

In Ihrem Bericht an den Club of Rome (1998) plädieren Orio Giarini und Patrick Liedke für die Anerkennung der wirtschaftlichen Bedeutung nichtentlohnter Tätigkeiten. Sie entwickelten ein Mehrschichtenmodell produktiver Tätigkeiten<sup>13</sup>.

In einer ersten Schicht sollen Arbeitsplätze im Umfang von 20 Stunden pro Monat, die im sozialen Bereich angesiedelt sind und auch zwangsweise genommen werden müssen, das Basiseinkommen sichern.

In einer zweiten Schicht entfaltet sich die klassische Erwerbsarbeit.

In der dritten Schicht wird Bürgerarbeit bzw. Ehrenarbeit als Beschäftigungsalternative vorgeschlagen.

## Das Modell New Work

Eine weitere Variante einer grundsätzlich veränderten Arbeitsgesellschaft ist mit dem Namen Frithjof Bergmann verbunden. Auch in seinem Konzept der „Neuen Arbeit“ (New Work) ist die Reduzierung der Erwerbsarbeit bzw. die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses unausweichlich. Aus dieser Entwicklung ergeben sich aber positive Möglichkeiten des einzelnen, in der freien Zeit den eigenen Potentialen (calling) und der Arbeit nachzugehen, die von dem Einzelnen wirklich gewollt wird.

Zudem wird angestrebt, die über den Markt zu beziehenden Güter und Dienstleistungen durch Eigenarbeit zu reduzieren. Die zunehmend für alle nutzbare Hochtechnologie werde es ermöglichen, den Eigenbedarf mit weniger Arbeit zu decken (high tech self providing), was wiederum den persönlichen Freiraum vergrößert, eigene Vorstellungen zu erkennen und zu verwirklichen.

## Das Münchner Modell

Das Münchner Modell ist ein Konzept, das vom Leiter der Abteilung Zukunft der Arbeit bei der Münchner Projektgruppe für Sozialforschung Dr. Gerd Mutz, für ein Modellvorhaben entwickelt, bislang aber nicht realisiert wurde<sup>14</sup>.

Ziel des Münchner Modells ist es bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit attraktiver werden zu lassen. Beschäftigte sollen in Absprache mit den Unternehmen verschiedene Tätigkeitsbereiche miteinander kombinieren können. Phasen der Erwerbsarbeit können mit Zeiten des Lernens wechseln, dazwischen gibt es Phasen der Eigenarbeit und des Bürgerschaftlichen Engagements. Die Institutionen wie z.B. Unternehmen und Gewerkschaften kooperieren miteinander.

Das Münchner Modell richtet sich also an Beschäftigte von Unternehmen. Sie haben die Möglichkeit Erwerbsarbeit und Bürgerschaftliches Engagement zu kombinieren.

---

<sup>13</sup> Giarini, Orio / Liedke, Patrick 1999: Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome. Hamburg

<sup>14</sup> Mutz, Gerd 2000: Bürgerschaftliches Engagement in der Tätigkeitsgesellschaft: Das Münchner Modell. In : Stefan Nährlich (Hrsg.) Engagierte Bürgerschaft: Traditionen und Perspektiven S. 157-161.

### ***Bürgerschaftliches Engagement und Bildung***

Soziale Kompetenz ihrer Mitarbeiter wird für die Unternehmen immer wichtiger. Die Kompetenzen können außerhalb der Firma in den vielfältigen Bereichen des Bürgerschaftlichen Engagements erworben werden (soziales Kapital). Bürgerschaftliches Engagement wird als Weiterbildung oder als Bildungsurlaub bewertet. Alle Beteiligten haben einen Nutzen davon. Z.B. Mitarbeiter der Kreditabteilung einer Bank sammeln Erfahrung bei einer Schuldnerberatung. Schuldnerberatung erhält kompetente Mitarbeiter.

Erwerbsarbeit (11 Monate)

Bürgerschaftliches Engagement als Bildung (bis zu 1 Monat)

Quelle: Mutz,

Gerd<sup>15</sup>

### ***Bürgerschaftliches Engagement und Unternehmen***

Unternehmen übernehmen Verantwortung für das soziale, ökologische und kulturelle Umfeld außerhalb des Betriebes, das ist positiv für das Image des Unternehmens und eine Investition für die Zukunft des Unternehmensstandortes. Interessierte beschäftigte erhalten die Möglichkeit, ihre Erwerbsarbeit um bis zu 20 Stunden pro Monat zu reduzieren, wenn sie sich in dieser Zeit bürgerschaftlich engagieren.

Diese 20 Stunden können monatlich in Anspruch genommen werden, jährlich oder aber auch bis zu einem Zeitraum von sieben Jahren angehäuft werden. Aktive Mitarbeiter als aktive Bürger.

Stabiles Bürgerschaftliches Engagement (bis zu 20 Stunden/Monat)

Erwerbsarbeit (134 Stunden im Monat)

Quelle, Mutz,

Gerd<sup>16</sup>

Unabdingbar beim Münchner Modell ist, dass Bürgerschaftliches Engagement soziale, kulturelle oder ökologische Bereiche umfasst.

Mitarbeiter bleiben während der ganzen Zeit Beschäftigte ihrer Betriebe.

---

<sup>15</sup> Mutz, Gerd 2000: s.o. S. 158

<sup>16</sup> Mutz, Gerd 2000: s.o. S. 159

## ***Eigenarbeit während der Eigen-Zeit***

Eigenarbeit ist ein wichtiger gesellschaftlicher Tätigkeitsbereich. Es bietet die Möglichkeit eigene Vorstellungen zu verwirklichen (z.B. Vertiefung künstlerischer Fertigkeiten). Der Arbeitsmarkt wird dadurch entlastet.

Das Münchner Vier-Schichten-Modell vernetzt folglich unterschiedliche Zeitsegmente die mit der Frei-Zeit wechseln

- Erwerbsarbeit,
- Bildungs-Zeit,
- Gemeinschafts-Zeit
- Eigen-Zeit alles gemeinsam.

Eigenarbeit (nach Absprache)

Stabiles Bürgerschaftliches Engagement (240 Std./p.a.)

Erwerbsarbeit (ca. 1430Std/p.a. oder 1450 Std./p.a.)

Bürgerschaftliches Engagement als Bildung (ca. 160 Std./p.a.)

Quelle: Mutz,

Gerd<sup>17</sup>

### **Zusammenfassung**

Menschen, die sich in der Phase der Bürger- und Eigen-Zeit befinden reduzieren ihre Erwerbsarbeit und entlasten dadurch den Arbeitsmarkt. Durch bürgerschaftliches Engagement entsteht soziales Kapital, Eigeninitiative und Verantwortung werden gestärkt. Die Menschen sind in die Gesellschaft integriert, auch wenn sie vorübergehend nicht berufstätig sind.

### **Das Stiftungsmodell**

In einem ersten Schritt bilden die klassischen Organisationen, die direkt oder indirekt am Arbeitsleben der Menschen mitwirken wie z.B. Gewerkschaften, Unternehmen, Kommunen, Länder usw. einen Stiftungsrat, der nach dem Selbstverständnis einer Bürgerinstitution arbeitet. Diese Institutionen finden sich zusammen, weil sie unterschiedliche Kompetenzen innerhalb und außerhalb des Arbeitslebens bündeln. Der Stiftungsrat setzt ein Dialogzentrum ein, um alle an einen Tisch zu bringen.

<sup>17</sup> Mutz, Gerd 2000: s.o. S. 160

Lothar Binding

**SPD**



Dieses Dialogzentrum soll die Gemeinnützigkeit der Tätigkeitsfelder und einen reibungslosen verwaltungstechnischen Ablauf gewährleisten. Im Dialogzentrum werden in erster Linie dialogische Konsensverfahren angewandt.

Diese Stiftung bürgerschaftlichen Engagements finanziert sich aus den Einlagen der beteiligten Organisationen, Erblässungen und Spenden. Je größer die Einlagen, desto größer der Kreis derjenigen Unternehmer und Mitarbeiter, die im Rahmen des Münchner Modells tätig sein können. Die Mitarbeiter erhalten während der Zeit, die sie sich an dem Programm Bürgerschaftliches Engagement als Bildung und stabiles Bürgerschaftliches Engagement beteiligen 70% des aktuellen Nettolohnes und bleiben sozialversichert. Beschäftigte, die sich für Eigenarbeit entscheiden, erhalten keinen Lohnausgleich, bleiben aber ebenfalls in der Sozialversicherung. Die dazu notwendigen Gelder werden durch die Stiftung aufgebracht.

### **Das Modell Bürgerarbeit**

Bürgerarbeit bezeichnet einen Vorschlag, der von dem Münchner Soziologen Ulrich Beck in dem Bericht der "Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen" entwickelt wurde<sup>18</sup>.

„Bürgerarbeit wird verstanden als freiwilliges, soziales und politisches Engagement, das „projektgebunden“ und zeitlich begrenzt unter der Regie eines "Gemeinwohl-Unternehmers" und abgestimmt mit einem kommunalen "Ausschuss für Bürgerarbeit" durch geführt wird“<sup>19</sup>. Bürgerarbeit wird nicht entlohnt, aber belohnt und zwar immateriell (durch Qualifikationen, Ehrungen, die Anerkennung von Rentenansprüchen und Sozialzeiten).

Darüber hinaus sollen "Favour Credits" (z.B. kostenfreier Anspruch auf einen Kindergartenplatz) als weitere Vergünstigungen ermöglicht werden. Eine finanzielle Absicherung, in Höhe des Sozialhilfesatzes, erhalten nur diejenigen, die darauf materiell angewiesen sind<sup>20</sup>.

### **Offene Fragen**

Welche Konsequenzen hat die Verwischung der Grenze zwischen Erwerbsarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement.

Erste Probleme zeigen sich schon durch die Kennzeichnung von Engagement als "Arbeit". Damit wird Engagement – wie Dr. Gisela Jacob in Ihrem Artikel „Wenn Engagement zur "Arbeit" wird...- Zur aktuellen Diskussion um freiwilliges Engagement im Wandel der Arbeitsgesellschaft“ sagt – den Rationalitätskriterien von

---

<sup>18</sup> "Kommission für Zukunftsfragen" 1997, Teil III: S. 146-168

<sup>19</sup> Beck, Ulrich 1999: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgerschaft, Frankfurt, New York

<sup>20</sup> "Kommission 1997: S. 146



Arbeit wie Effektivität und Effizienz, Leistungserbringung und gesellschaftlicher Nützlichkeit unterworfen<sup>21</sup>.

Bisher war das Engagement durch Freiräume geprägt, die nicht durch diese Nützlichkeitskriterien eingeschränkt waren. Ehrenamt sollte eine freiwillige und unentgeltlich erbrachte Leistung sein, die Freiraum lässt für Selbstreflexion und Selbstfindung.

Das Problem der Arbeitslosigkeit kann mit diesen Modellen nicht wirklich gelöst werden. es zeigt sich, dass Arbeitslose beim bürgerschaftlichen Engagement unterrepräsentiert sind - das zeigen auch die Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP): Nur 31,7% der Arbeitslosen gegenüber 40,4% der Vollzeit-Erwerbstätigen engagieren sich freiwillig.

Auch wenn „sich die Arbeitsgesellschaft tatsächlich verändert“ – oder wenn wir sie verändern – dann ist doch die Integration in das System Erwerbsarbeit nach wie vor für die Teilnahme am gesellschaftlichen Wohlstand und für die soziale Absicherung von zentraler Bedeutung. „Warum sollen Menschen, die z.B. Bürgerarbeit leisten keinen richtigen Lohn bekommen“, fragt sich Volker Meinhardt vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Was ist dann das Postulat "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" noch Wert? Um 7 Millionen Menschen ein annähernd existenzsicherndes Einkommen zu garantieren, wären, laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung, bei 1.500,- DM monatlich 126 Milliarden DM notwendig.

## **Für die Zukunft**

Um einen Wandel der Arbeitsgesellschaft herbeizuführen ist es wichtig den Bürgerinnen und Bürgern mehr Einfluss auf ihre Zeitgestaltung zu geben. Das betrifft z.B. die Möglichkeiten betrieblicher Freistellungsregelungen oder die Erleichterung des Wechsels zwischen Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und Ehrenamt. (auch z.B. Freistellung von Kommunalpolitikern).

Freiwilliges Engagement sollte nicht als Ersatz für Erwerbsarbeit gesehen werden, sondern die Bürgerinnen und Bürger sollten die Möglichkeit erhalten die verschiedenen Tätigkeiten nach eigenem Interesse miteinander zu kombinieren. Darüber hinaus wäre auch ein Modell der zeitweißen Reduzierung der Erwerbsarbeit für ein Ehrenamt oder die Einlegung eines Freiwilligen Jahres denkbar. Um dies zu finanzieren, müsste allerdings eine ausreichende soziale Absicherung gewährleistet werden.

Wichtig für eine Förderung des ehrenamtlichen Engagements wäre auch ein Ausbau der lokalen Infrastruktur. Diese ist in Deutschland leider noch etwas unterentwickelt. Ziel muss es dabei sein neue Initiativen und Projekte zu

---

<sup>21</sup> Jakob, Gisela 2000: Wenn Engagement zur 'Arbeit' wird...- Zur aktuellen Diskussion um freiwilliges Engagement im Wandel der Arbeitsgesellschaft. In: Heinze, R.G. / Olk, Th. (Hrsg.) Bürgerengagement in Deutschland. Opladen



unterstützen, deren Arbeit der Förderung von Bürgerengagement dient (z.B. Freiwilligenagenturen).

Aufwertung des Bürgerschaftlichen Engagements. Dabei geht es aber nicht um die Verleihung von Orden oder Gratifikationen sondern um die Bereitstellung von Angeboten zur Beratung und Begleitung von Engagierten.

## Ein konkreter Ansatz: „Arbeit statt Sozialhilfe“

### Vorbemerkung

In der wissenschaftlichen Theorie betrachten wir oft jahrelang die kompliziertesten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Wirtschaftskreisläufe, ohne für viele soziale und ökologische Probleme Lösungen zu finden. In der politischen Praxis sollen dann mit einfachsten Antworten in wenigen Sekunden bis Minuten die komplexesten Problemlösungsansätze zur Lösung aller Sozial- und Umweltprobleme dargestellt werden.

Zur Einbettung und Abgrenzung der Idee "Lokale Ökonomie" oder dem "3. System" seien zunächst einige Begriffe im Zusammenhang mit dem "Arbeitsmarkt" dargestellt:

### Privater Sektor

Früher, insbesondere in Zeiten der Vollbeschäftigung, sprachen wir einfach von dem „Arbeitsmarkt“. Dieser Arbeitsmarkt (der heute der „**1. Arbeitsmarkt**“ heißt) wird von egoistischen bzw. individuellen Zielen privaten<sup>22</sup> Wirtschaftens dominiert. Bezogen auf die Ziele dieser „privaten Ökonomie“ trat soziale Verantwortung in den Hintergrund: Dient ein Arbeitsplatz nicht mehr bestimmten Profitinteressen, wird der Arbeiter/Arbeitnehmer - wenn auch "schweren Herzens" - entlassen. Im Zuge von Rationalisierung und Automatisierung sowie Konzentration und Internationalisierung der Unternehmen verloren immer mehr Menschen ihren Arbeitsplatz. Ein grundsätzliches Problem besteht außerdem im Export von Arbeitsplätzen durch die Effekte des sogenannten "substitutiven Handels"<sup>23</sup>.

Alle Versuche, Arbeitsplätze auf Dauer durch öffentliche Subventionen und Steuervorteile für Unternehmen zu erhalten, sind gescheitert. Im Gegenteil stellen wir insbesondere auch in Folge der zunehmenden Arbeitslosigkeit eine dramatische gesellschaftliche Spaltung fest:

---

<sup>22</sup> Dabei wird oft so getan, als ob die Arbeitsplätze im 1. Arbeitsmarkt die wahren und guten sind, weil sie im freien Spiel der marktwirtschaftlichen Kräfte und aufgrund kluger Entscheidungen im Management entstehen. Dabei wird leider übersehen, daß der 1. Arbeitsmarkt seit Jahren in einer Größenordnung staatlich bezuschußt, hier heißt dies dann vornehmer: subventioniert, wird, die durchaus mit den Förderungen im 2. Arbeitsmarkt vergleichbar ist. Leider wird dabei nicht einmal darauf geachtet, daß die Subventionen nicht nur Rationalisierung und damit Arbeitsplatzabbau zur Folge haben.

<sup>23</sup> Als Folge eines **substitutiven Handels** exportiert der industriell stärkere Staat technologisch höherwertige Produkte im Austausch gegen Güter und Leistungen mit geringerer technologischer Entwicklung. Damit entstehen hohe Gewinne für die Industriebetriebe in den Bereichen der Hochtechnologie. Dieser Vorteil ist aber ein Nachteil für die Gesamtbevölkerung, weil die höherwertigen Produkte weniger Arbeit erfordern und der substitutive Handel somit zum Export von Arbeitsplätzen führt. Im Gegensatz dazu nützt ein **Verdrängungshandel** (z.B. japanische Autos gegen Deutsche Autos) niemandem. Auch für den internationalen Handel und weltweit verteilte Produktion müssen neue Konzepte entwickelt werden.

Heute verfügen „die oberen“ 20% der Haushalte über

- 86 % des Produktivvermögens
- 40 % des verfügbaren Einkommens
- 68 % des Geldvermögens
- 41 % des Haus und Grundvermögens
- 56 % des Gesamtvermögens

und „die unteren“ 20% der Haushalte über

- 0 % des Produktivvermögens
- 10 % des verfügbaren Einkommens
- 1 % des Geldvermögens
- 12 % des Haus und Grundvermögens
- 7 % des Gesamtvermögens

## Öffentlicher Sektor

Seit Anfang der achtziger Jahre, seit die Arbeitslosenzahlen stark anstiegen, hat sich die Solidargemeinschaft darum bemüht, arbeitslose Menschen, wenigstens für ein Jahr, zu beschäftigen. Zu diesem Zweck wurden Mittel zur Arbeitsbeschaffung (sogenannte ABM-Mittel) aus der Arbeitslosenversicherung genommen, um gemeinnützigen Trägern, auch Städten und Gemeinden, einen Zuschuss zu geben, wenn sie Arbeitslose wenigstens für ein Jahr einstellen. Wenn nun eine Stadt mit diesen Mitteln Arbeit finanzieren würde, die normalerweise etwa das Handwerk erledigt, so könnte im Handwerk dadurch neue Arbeitslosigkeit entstehen. Um dies zu vermeiden wurde an die Vergabe von ABM-Mitteln das strenge Maß der „Zusätzlichkeit“ geknüpft: Nur Arbeiten, die nicht im 1. Arbeitsmarkt erledigt werden können, dürfen über ABM-Mittel bezuschusst werden. Diesen Arbeitsmarkt der Zusätzlichkeit nennen wir den „**2. Arbeitsmarkt**“. Im „2. Arbeitsmarkt“ dominieren also soziale/öffentliche Ziele öffentlichen Wirtschaften und gemeinnützig privates Wirtschaften (z.B. eines Vereins, einer Kirche etc.). Sehr positiv bei diesem Verfahren war die vorübergehende Einsparung von Sozialhilfe im städtischen Haushalt und damit mehr Möglichkeiten, auch Aufträge für den Mittelstand zu sichern. Negativ ist hier die zeitliche Begrenzung der Beschäftigung auf nur ein Jahr und die Tatsache, dass die im städtischen Haushalt gesparten Mittel aus anderen Töpfen (Arbeitsverwaltung, Bundessteuern) aufzubringen sind.

Der grundsätzliche Nachteil, abgesehen von den unterschiedlichen Interessen von Bund und Kommunen, des 2. Arbeitsmarktes und der Bezahlung von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, besteht darin, dass Arbeitslosigkeit<sup>24</sup> bezahlt wird statt Arbeit. Die folgende Skizze deutet an, dass dies dazu führt, dass die öffentlichen Haushalte immer weniger Mittel für Investitionen haben und damit selbst die Nachfrage nach Arbeitsleistung schwächen.

Diese Skizze beschreibt die Wirkungen von steigenden Transferleistungen auf die öffentlichen Haushalte im Allgemeinen. Bei genauerer Betrachtung müßte z.B. zwischen Kommunalhaushalten, die Sozialhilfe umfassen aber kein Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, und dem Bundeshaushalt, der indirekt über die Arbeitsverwaltungen Belastungen aufgrund von Arbeitslosigkeit zu tragen hat, unterschieden werden.

<sup>24</sup> Vgl. Bild 3: Kommunalwirtschaft im Teufelskreis

## Arbeitsmarkt im Teufelskreis

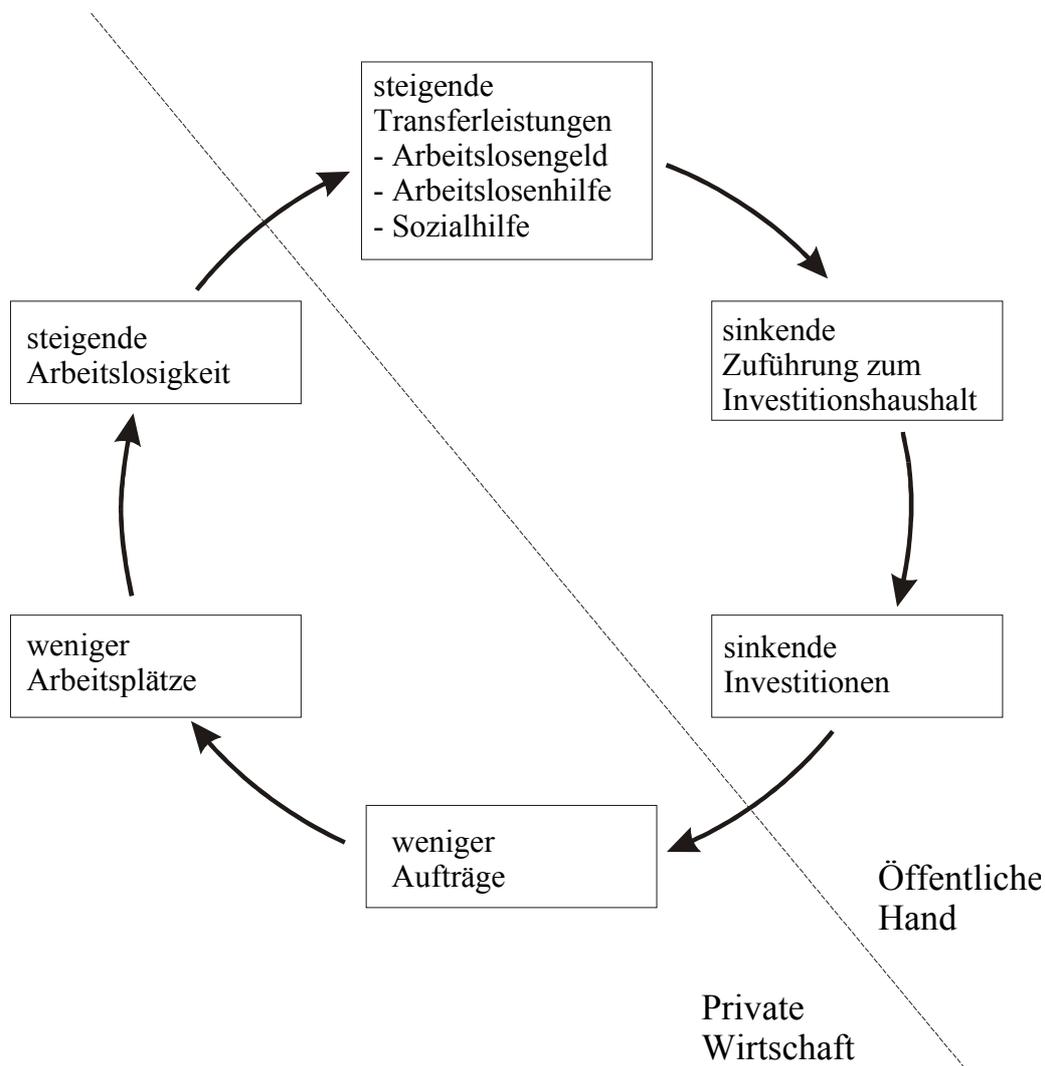


Bild 2

Es gilt nun zu zeigen, wie dieser Teufelskreis durchbrochen werden kann.

Betrachten wir zunächst noch einmal einen allgemeinen Wirtschaftskreislauf, wobei hier bestimmte wichtige Komponenten der kameralen Kommunalwirtschaft hervorgehoben sind. Der Landeshaushalt ist in dieser Darstellung nicht enthalten.

Lothar Binding

**SPD**

# Wirtschaftskreislauf II

Warnung: Es ist alles noch viel komplizierter

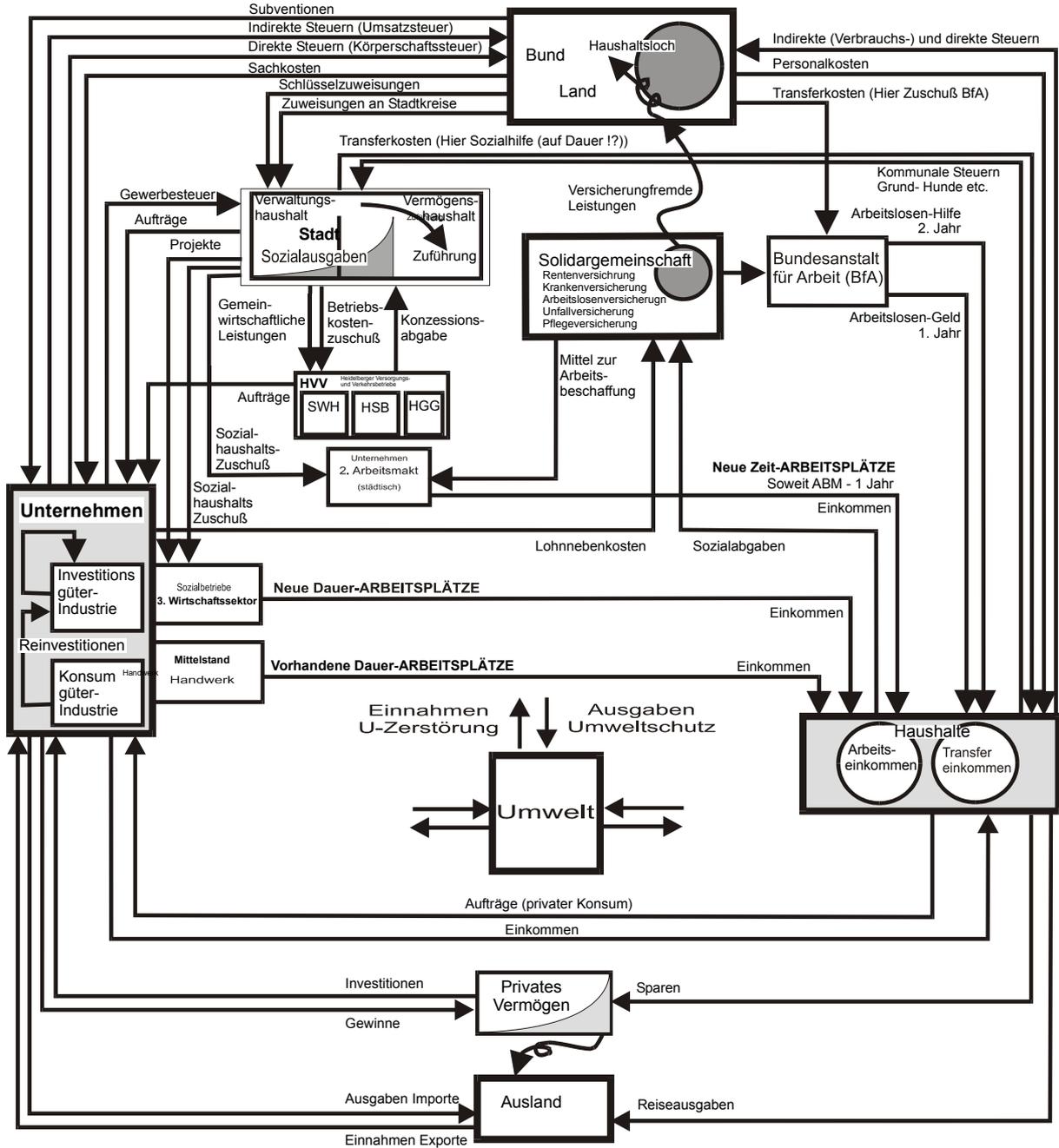


Bild 3

Wir konzentrieren uns zunächst auf die Wirkungen von Transferleistungen des Staates auf das Gesamtsystem.

Die Transferleistungen, die über einen Kommunalhaushalt an private Haushalte bezahlt werden



müssen, sind ein möglicher Ausgangspunkt für den o.a. Teufelskreis.

## Kommunalwirtschaft im Teufelskreis

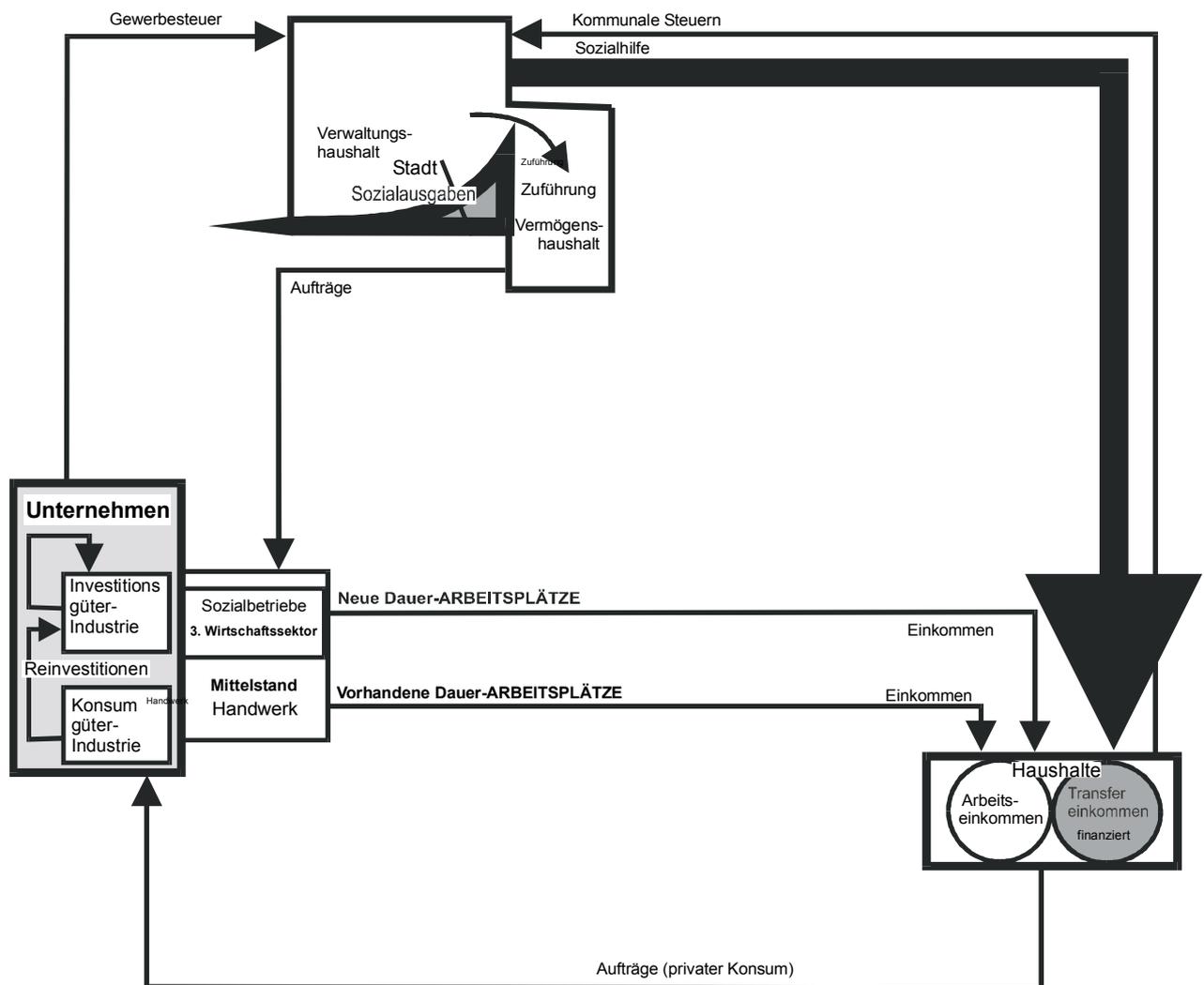


Bild 4

Der dicke Pfeil Sozialhilfe deutet an, dass wesentliche Teile der Familieneinkommen durch Sozialhilfe entstehen. Dabei nehmen die Arbeitseinkommen in stärkerem Maße ab, als die Sozialhilfe steigt. Insgesamt sinken also die Einkommen der Familien und damit die Gesamtnachfrage am Verbrauchsgütermarkt. Kurzfristig wird dieser Effekt durch Kreditaufnahmen, oft genug auch durch Überschuldung der Familien, kompensiert. Langfristig führt die sinkende Nachfrage aber zu Arbeitsplatzabbau,

Lothar Binding

**SPD**

sinkenden Steuereinnahmen u.s.w.

## Das 3. System

### Definitionen

Die Kombination der solidarischen und sozialen Zielsetzungen des öffentlichen Sektors mit den Organisationsformen des privaten Sektors führt zu neuen Ansätzen und Definitionen, wie „Soziale Ökonomie“, „Dritter Wirtschaftssektor“, "3. System", "Gemeinwesenwirtschaft" oder Sozialwirtschaft:

Der Begriff der sozialen Ökonomie bezieht sich auf soziale Unternehmen, die "Güter und Dienstleistungen produzieren, die für die Allgemeinheit oder für den Markt bestimmt sind"<sup>25</sup>. Hieraus ergibt sich, dass soziale Unternehmen nicht weniger effizient sein dürfen als erwerbswirtschaftliche Unternehmen. Dr. Karl Birkhölzer und Wolfgang Gallfuß entwickeln Modelle zur Übertragung der aus dem angelsächsischen Raum stammenden Idee des "Not-for-Profit-Unternehmens" in die Praxis deutscher Unternehmen im 3. System. Als Beispiel<sup>26</sup> sei die schon 1984 gegründete "WERKSTATT e.V."<sup>27</sup> in Heidelberg genannt. Not-for-Profit-Unternehmen sind nicht zu verwechseln mit Nonprofit-Organisationen, deren Effizienz sich im Regelfall nicht wirtschaftlich messen läßt.

Der Begriff dritter Wirtschaftssektor entstand, als der 1.Arbeitsmarkt (Normalbeschäftigte) und 2. Arbeitsmarkt (Öffentlicher Sektor, ABM-Maßnahmen...) nicht mehr in der Lage waren die verschiedenen Tätigkeitsfelder zu fassen. Der "Dritte Wirtschaftssektor", heute im Europäischen Sprachraum "3. System" genannt, umfasst Unternehmen mit sozialen Zielen, in Hinblick auf die Gewinnverwertung: Gewinne sind erwünscht. Allerdings werden die Gewinne nicht für private bzw. persönliche Zielsetzungen abgeschöpft, sondern für bildungs- und sozialpolitische Ziele innerbetrieblich oder im Umfeld des sozialwirtschaftlichen Betriebes verwendet.

Das 3. System bezeichnet auch "alle Organisationen, die weder gewinnorientierte Unternehmen, noch staatliche Behörden sind."<sup>28</sup> Es gilt als Mittler zwischen Markt und Staat, zwischen "den organisierten wirtschaftlichen Interessen der am Markt operierenden Unternehmen und der Arbeitnehmer, sowie den politischen Interessen der staatlichen Stellen und ihrer Unterstützer"<sup>29</sup>. Nach Anheiser wird das 3. System als Alternative zu den Nachteilen, (wie Marktversagen oder Staatsversagen), gesehen, die sowohl mit Gewinnmaximierung als auch mit Bürokratie verbunden werden.

---

<sup>25</sup> S. 45

<sup>26</sup> Damals als Weiterentwicklung des "2. Arbeitsmarkts" zu Überwindung seiner Nachteile wie

- Befristungen auf zwei Jahre im ABM-Bereich und
- Alimentation von Arbeit

Der Begriff "3.System" wurde erst sehr viel später entwickelt

<sup>27</sup> Die WERKSTATT e.V. ist alleiniger Gesellschafter der "Werkstatt gGmbH", die sich auf Planung, Bau und Pflege von Spielräumen bzw. Spielplätzen spezialisiert hat.

<sup>28</sup> S. 41 "Unternehmen mit sozialer Zielsetzung

<sup>29</sup> S.42

## Neue Organisationsformen

Doch um diese Konzepte sinnvoll umsetzen zu können sind neue Organisationsformen nötig, "die es erlauben:

- die für erwerbswirtschaftliche Unternehmen charakteristische Dynamik von Unternehmertum und Management mit
- den partizipativen und demokratischen Strukturen von nutzer-kontrollierten oder Nonprofit- Unternehmen zu verbinden."<sup>30</sup>

Um dieser Entwicklung neuer "Tätigkeitsformen", die wirtschaftliche, wie gesellschaftliche Wandlungen umfasst, Rechnung zu tragen, müssen von staatlicher Seite gewisse Rahmenbedingungen geschaffen werden, denn das deutsche Gesellschaftsrecht bietet nur eine geschlossene Zahl von Rechtsformen (Personengesellschaften: GbR, OHG, PartG, KG, KG a.A.; EWIV; Körperschaften: e.V., Wirtschaftsverein, GmbH, AG, VvaG; als hybride Formen: Körperschaften auf der Grundlage persönlicher Zusammenarbeit: e.G.), die nur durch den Gesetzgeber erweitert oder verändert werden können. Einige davon sind die Reform des Vereinsrechts, sowie des geltenden Genossenschaftsrechts.

Durch wachsende wirtschaftliche Tätigkeit von nicht wirtschaftlichen Vereinen (Idealverein) werden diese praktisch zu Genossenschaften oder gemeinwirtschaftlichen Unternehmen.

Diese Tendenz macht die "Reform des Vereinsrechts erforderlich, die einen Rechtsrahmen bietet, der nicht für die Teilnahme am Wirtschaftsverkehr beabsichtigt war, aber zunehmend für die wirtschaftlichen Tätigkeiten von Nonprofit-Organisationen genutzt wird, die so zu Unternehmen mit sozialer Zielsetzung werden."<sup>31</sup>

Ähnlich ist es bei den Genossenschaften. Nach dem geltenden Genossenschaftsrecht sind Genossenschaften keine erwerbswirtschaftlichen, investor-kontrollierten Unternehmen. Doch ist die "Erzielung von Gewinnen, die Erwirtschaftung von Einnahmen über die Ausgaben hinaus, eine Existenzfrage. Ohne "Markterfolg" kann eine Genossenschaft keine erfolgreiche Mitgliederförderung betreiben."<sup>32</sup> Doch hier zeigt sich auch das Grundproblem der neuen Organisationsformen. Sie sind aus, für ihren Zweck überholten, Tätigkeitsformen hervorgetreten, die natürlich ihre Mängel in Bezug auf ihren neuen Bestimmungsgrund ausweisen. Es gibt (noch) keine klaren Definitionen und das Engagement findet zum Teil im "rechtsfreien" Rahmen statt.

## Lokale Ökonomie am Beispiel kommunaler Haushaltspolitik

Auf den städtischen Haushalt bezogen besteht die Idee darin, mittels der extrem steigenden Ausgaben im Sozialhaushalt der Stadt künftig nicht mehr Arbeitslosigkeit zu finanzieren und die Auftragskraft der Stadt zu schwächen, sondern umgekehrt Arbeit zu finanzieren - und damit Werte für die Kommune zu schaffen, die es sonst nicht geben würde - und gleichzeitig die Finanzkraft der Stadt zu stärken.

---

<sup>30</sup> S.44

<sup>31</sup> S. 43

<sup>32</sup> S.45



# Lokale Ökonomie

Ein Lösungsansatz zur Schaffung von Arbeitsplätzen  
Phase 1

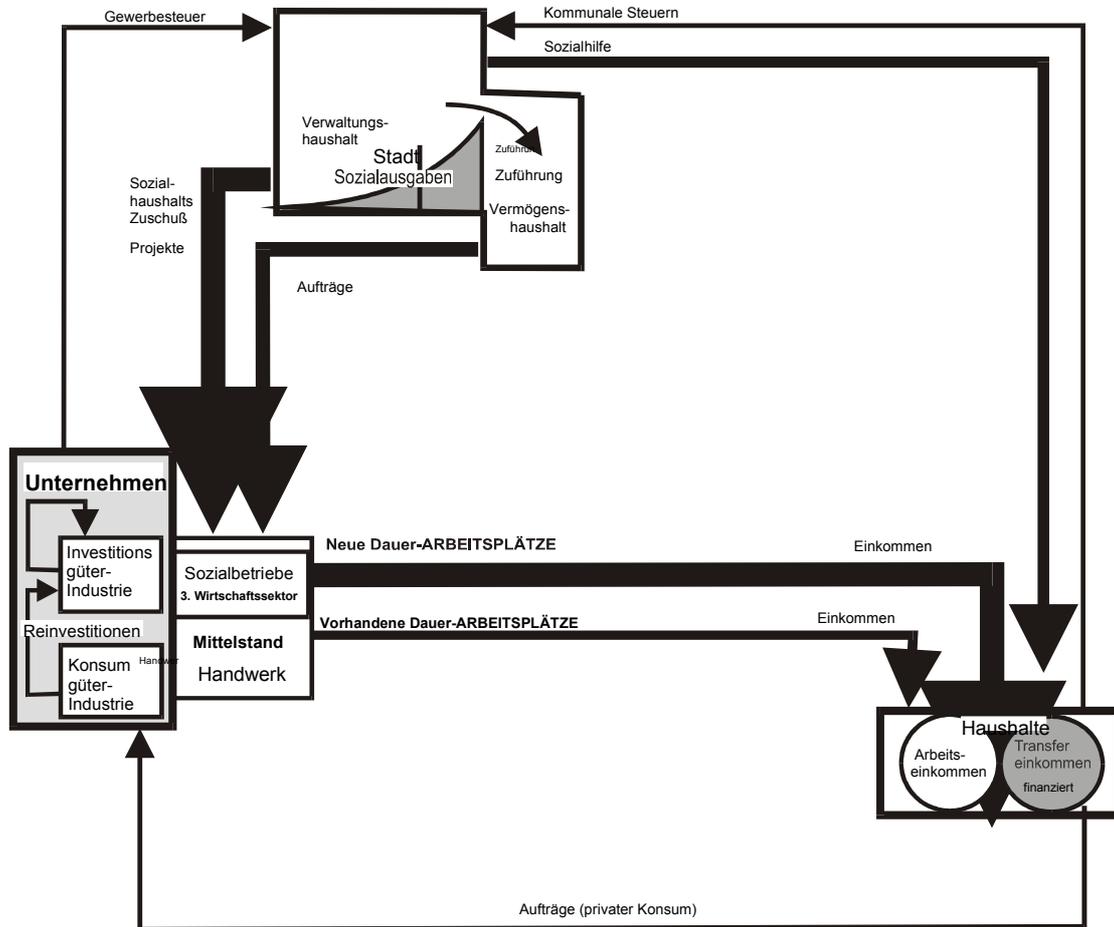


Bild 5

Die dicken Pfeile deuten an, daß politische Entscheidungen dazu führen, daß Betriebe, die Arbeitslose, insbesondere Langzeitarbeitslose bzw. Sozialhilfeempfänger beschäftigen, Aufträge von der Stadt erhalten. Der optimistisch dünn gezeichnete Sozialhilfepfeil soll andeuten, daß diese Aufträge für Arbeitseinkommen erzeugen, und damit die Sozialhilfekosten sinken. Aufgrund bestimmter haushaltsrechtlicher Beschränkungen und in der Startphase fehlender Investitionsmittel, müssen die Aufträge über den Verwaltungshaushalt vergeben werden. Etwa durch eine Haushaltsstelle, deren Fußnotendefinition bestimmte Mittel in anderen Haushaltsstellen, teilweise auch im Vermögenshaushalt, binden. Durch diese Finanzierung von Arbeit statt Sozialhilfe spart die Kommune Folgekosten von Arbeitslosigkeit und kann so langfristig zur Stabilisierung kommunaler

Lothar Binding

**SPD**

Wirtschaftsprozesse beitragen.

## Startimpulse für Beschäftigung an fünf Beispielen

### 1. Transferkosten<sup>33</sup> umlenken

In der ersten Phase fragt die Kommune Arbeit am "Markt der Arbeitslosigkeit" nach. Dies geschieht in sehr begrenztem Umfang schon heute auf der Basis des Sozialgesetzbuches (z.B. BSHG §19 oder andere spezielle Förderungen). Hier ist aber gemeint, daß die Kommune - entsprechendes gilt natürlich für Land und Bund - ihre Steuerungselemente in einer Größenordnung einbringt, die dem Ausmaß der Arbeitslosigkeit entspricht. Dabei ist die Nachfrage einer Arbeit daran zu koppeln, ob damit für einen definierten Zeitraum neue Beschäftigungsverhältnisse entstehen. In der Praxis entspricht dies der Vergabe von Aufträgen<sup>34</sup> an bisher arbeitslose Menschen, wobei im Regelfall an gemeinwesenorientierte Beschäftigungsbetriebe oder an private Handwerker zu denken ist, denn eine Vergabe von Aufträgen an einzelne Arbeitslose oder insbesondere Langzeitarbeitslose stößt schnell auf rechtliche, organisatorische und auch sozialpsychologische Probleme.

Mit dem sicheren Wissen, wie sich die Steigerungsraten der Sozialhilfe bzw. auch anderer Transferkosten entwickeln, wenn nichts geschieht, wird diese erste Phase mit den eingesparten Ausgaben der Folgejahre finanziert. Würde der bundesgesetzliche Rahmen stimmen, könnten diese Kosten auch kreditfinanziert werden. Die "Amortisation" im städtischen Haushalt würde sich, aufgrund der Kapitalkosten, lediglich etwas verlängern.

### Erste Stolpersteine und Fallstricke durch Landes- und Bundesgesetze

- Gegenwärtig kann eine Stadt dieses Modell leider nicht allumfassend anwenden, weil es keinen regionalen Finanzausgleich gibt, und die "Zuwanderung von Arbeitslosen" eine Stadt schnell überfordern könnte.

### 2. Contracting für Arbeitsplätze statt Energiekosten

#### Beschreibung an einem Beispiel: Heizungsanlage einer Schule

**Ausgangslage:** Hausmeister dreht morgens vor 7.00 Uhr die Heizung im Klassenzimmer auf. Nachdem die Schülerinnen und Schüler eingetroffen sind, wird es zu warm, die Fenster werden geöffnet, Wärme entweicht. Es wird zu kalt. Fenster werden geschlossen. Der Kreislauf beginnt erneut. Im Ergebnis muß die Kommune die Wärmeverschwendung und Luftbelastung durch CO2 in Form, hoher Kosten für Gas, Öl oder Fernwärme auch noch bezahlen. Sie bezahlt also Unbequemlichkeit und Naturvernichtung mit Steuergeldern, die an anderer Stelle wieder für Naturschutz und Beschäftigungsförderung fehlen. Diese und allgemeine Belastungen im Haushalt der Kommune erlauben es nicht, im hier gewählten Beispiel die Heizungsanlage, die

<sup>33</sup> Die sogenannten **Transferzahlungen** des Staates bzw. der Sozialversicherungen sind diejenigen Zahlungen, denen (immer bezogen auf die gleichen Zeitperioden) keine Gegenleistungen, etwa in Form von Sachgütern oder Dienstleistungen, gegenüberstehen: Also Subventionen, Sozialrenten, Pensionen etc. (Transferleistungen heißen auch: Leistungslose Entgelte)

<sup>34</sup> Vgl. Bild5: Lokale Ökonomie, Phase 1

Ventile, die Fenster und deren Steuerungen zu erneuern, weil die Investitionsmittel nicht im Haushalt sind. Land und Bund haben die Kommunen ausgezehrt.

**Idee**, in Heidelberg, auch in einigen anderen Städten, schon Praxis:

Mit einem Handwerks- oder Beschäftigungsbetrieb und/oder einem Ing-Büro wird ein Vertrag erarbeitet, der etwa wie folgt aussieht. Der Beschäftigungsbetrieb oder Handwerker kalkuliert eine neue Heizungsanlage, neue Ventile, neue Steuerungen evtl. neue Fenster und die Isolation des Gebäudes. Es wird ausgerechnet, welche Energieeinsparung durch die neue Anlage erzielt wird. Diese künftige Kosteneinsparung durch Energieeinsparung wird aufgeteilt. Die Kommune und der Handwerker bekommen so lange z.B. 20% bzw. 80% des Einsparpotentials, bis die Kosten für den Bau der Anlage incl. der Kapitalkosten bezahlt sind. Auf der Basis eines solchen Vertrags - deshalb contracting - wird die Anlage gebaut.

**Effekt:** Der Handwerker bzw. der Beschäftigungsbetrieb bekommt einen **Auftrag**, den es sonst nicht gäbe. Das ist kommunale Wirtschaftsförderung, die in gezielter Weise mit Beschäftigungsförderung kombiniert ist und an Beschäftigungseffekte geknüpft werden sollte und muß. Durch diese Nachfrage seitens der Kommune bzw. deren Auftragsvergabe werden **Arbeitsplätze** gesichert und geschaffen. **Natur und Umwelt** werden durch geringere Verbrennung fossiler Brennstoffe weniger belastet. Der **Geldbeutel** der Städte wird entlastet. Die Hausmeister und Schüler haben eine bequem bedienbare Anlage und leben **gesünder**. Die Kosten dafür tragen die Vorlieferanten der Energie, also die großen Gas- bzw. Ölgesellschaften, die sich nur selten Gedanken über Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit ihren Angeboten endlicher Ressourcen machen.

### 3. Heidelberger Programm zur Sicherung kommunaler Beschäftigungspolitik

Gestützt auf Diskussionen mit den Leistungsträgern in subsidiär definierten Beschäftigungsbetrieben, ist es mit der SPD-Fraktion im Stadtrat von Heidelberg gelungen, einen ersten Schritt für den Aufbau eines **Programms „Sicherung kommunaler Beschäftigungspolitik“** zu beschließen. Mit diesem Programm werden geeignete Arbeiten an Betriebe vergeben, die für eine bestimmte Zeit langzeitarbeitslose Menschen beschäftigen, wobei durch mittelfristige Entlastung des Verwaltungshaushalts gleichzeitig die Auftragslage mittelständischer Betriebe bzw. von Handel und Handwerk verbessert wird.

In Heidelberg hat die „Werkstatt e.V.“ seit Anfang der achtziger Jahre produktive Beschäftigungsformen zunächst für den 2. Arbeitsmarkt entwickelt, die inzwischen dankenswerterweise auch von der Stadt übernommen<sup>35</sup> wurden. Analog erarbeiten heute der „Verbund für Beschäftigung“ und die „Arche Bau“ in Kooperation mit Stadt und Handwerk neue Strukturen zur Bekämpfung der (Langzeit-)Arbeitslosigkeit auf der Basis sozialwirtschaftlicher Erwerbsbetriebe. Als konkrete, bereits realisierte positive Beispiele seien die Sanierung einer alten Mühle in Heidelberg, „Kühler Grund 31“, und ein Neubau in der Odenwaldstraße, oder ein Second Hand Laden genannt. Die Werkstatt e.V. hat sich im Bereich des Spielplatzbaus inzwischen deutschlandweit

<sup>35</sup> Seit 1992 gibt es eine städtische Beschäftigungsgesellschaft als GmbH, die Heidelberger Dienste (HDD)



einen Namen gemacht und entwickelt ihre Initiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ständig weiter.

Deshalb zielte ein Antrag der SPD-Fraktion zum Haushalt, **Grundausstattung für ein Programm "Arbeit statt Sozialhilfe"** - auch darauf, die Förderungsstruktur solcher Einrichtungen innerhalb des städtischen Haushalts zu verbessern: Neben der Grundausstattung zur institutionellen Absicherung (Zuschuß, der mittelfristig wegfallen soll) soll Beschäftigung im wesentlichen durch die Vergabe von Aufträgen erzeugt werden - Arbeit statt Sozialhilfe.

#### 4. Öffentliche Stiftung zur Förderung regionaler Beschäftigung

**Ausgangslage:** Dieser Vorschlag<sup>36</sup> zur Gründung einer Stiftung ist eine Reaktion auf das Paradoxon, daß das beitragsfinanzierte Budget der Bundesanstalt für Arbeit bei steigender Arbeitslosigkeit geringer wird und damit die Ausgabenentwicklung der BfA, gesamtwirtschaftlich betrachtet, kontraproduktiv und prozyklisch vordefiniert ist. Denn statt in Krisensituationen bei steigender Arbeitslosigkeit für Überbrückungsfunktionen besonders gut ausgestattet zu sein, sinken gerade dann die Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und notwendige Maßnahmen zur Arbeitsförderung, z.B. können berufliche Fortbildung und Umschulung, als Kernstücke der Arbeitsmarktpolitik, nicht mehr durchgeführt werden.

**Idee:** Die Stiftung übernimmt Steuerungs- und Koordinationsfunktion für die verschiedensten Akteure in der Stadt, angefangen von der Wirtschaftsförderung bis zum Sozialdezernat der Kommune, den Gewerkschaften oder den Kammern, bis hin zu Verbänden oder Banken. Darüber hinaus plant die Stiftung jenseits der politischen Tagesmehrheiten langfristig. Diese Planung dient der Erfüllung ihrer wesentlichen Satzungszwecke:

- Förderung von Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen
- Verbesserung der lokalen bzw. regionale Verhältnisse am Arbeitsmarkt.

Das Stiftungskapital wird eingesetzt um Investitionskraft und Kreditwürdigkeit der Sozialbetriebe im Bedarfsfall zu erhöhen und um Überbrückungskredite oder Ausfallbürgschaften zu übernehmen. Damit soll der strukturellen (chronischen) Unterkapitalisierung sozialwirtschaftlicher Betriebe entgegengewirkt werden. Steigende Arbeitslosigkeit und sinkende kommunale Investitionstätigkeit gefährden insbesondere das heimische Handwerk bzw. mittelständische Betriebe, die kaum Möglichkeiten haben ihre Geschäftsfelder international auszuweiten. Deshalb ist die enge Kooperation mit den örtlichen privaten und sozialwirtschaftlichen Betrieben zentrale Aufgabe der Stiftung. Dabei gilt es Drittmittelkonkurrenz zwischen verschiedenen Betrieben bzw. Trägern zu vermeiden. Es zählt, wieviel Geld insgesamt in die Stadt kommt. Deshalb etabliert die Stiftung im sozialwirtschaftlichen Bereich eine "Trägerkonferenz aller Beschäftigungsgesellschaften", nach subsidiären Grundsätzen, die ihre Entscheidungen an den Eingliederungserfolgen (meßbar Erfolgskontrolle) der verschiedenen Träger orientiert.

**Finanzierung:** Die Stiftung wird mit einem Stiftungskapital ausgestattet, das einerseits von den privaten bzw. gemeinnützigen Trägern der Stiftung andererseits von der Stadt eingebracht

---

<sup>36</sup> Eine für die Heidelberger Sozialwirtschaft entwickelte Idee von Wolfgang Gallfuß ließ sich bisher (leider) kommunalreal politisch nicht umsetzen.



wird. Wenn die bundespolitischen Rahmenbedingungen, die heute mittelstandsfeindlich sind, speziell die VOB und die VOL, entsprechend angepaßt sind, liegt es im Interesse des Mittelstands sich in dieser Stiftung auch finanziell zu beteiligen, weil sich seine Auftragslage mit abnehmender Arbeitslosigkeit verbessert. Die Stadt kann in den kommenden Jahren die durch Maßnahmen im Bereich der "Lokalen Ökonomie" eingesparten Kosten im Sozialhaushalt in die Stiftung einbringen.

Auf der Basis eines gesamtstädtischen Konsensprinzips gibt es viele Finanzierungsmöglichkeiten:

- Vorhandene Mittel - gegenwärtige Förderung
- Neue Mittel (Sponsoren, Verlustabschreibung, Beteiligungen von Handwerk bzw. mittelständischen Betrieben etc.)
- Innovationsfond
- Mittel des Arbeitsamts
- Aufträge
- Minderleistungsausgleich
- Kostenrechnungen für Sozialdienstleistungen
- Kapitalisierung von Transfereinkommen
- Infrastrukturprogramme<sup>37</sup>
- Europäische Strukturfördermittel

Strukturell dient diese öffentliche Stiftung als Basis und Bindeglied zwischen der Sozialverwaltung, der Wirtschaftsförderung, den Sozialbetrieben, sowie den kommunalen Interessenverbänden und Gemeinderat.

## 5. Kredit-Programm "Arbeit statt Sozialhilfe"

Die örtliche **Sparkasse** sollte ein „Kredit-Programm Arbeit statt Sozialhilfe“ auflegen: Damit sollen

- Risikokapital für Neugründungen, Erweiterungen und Diversifizierungen von Beschäftigungsbetrieben verfügbar gemacht werden,
- Überbrückungskredite zur Überwindung kurz/mittelfristiger Liquiditätsengpässe gemeinwirtschaftlicher Betriebe sozialwirtschaftlich eingesetzt werden,
- Sonderkonditionen zur Finanzierung beschäftigungswirksamer Projekte eingeführt werden,
- in Zusammenarbeit mit Stadt, Beschäftigungs- und Wohnbaugesellschaften die innere und äußere Sanierung sozialer Brennpunkte und hochverdichteter Wohnanlagen in Zusammenarbeit mit den Bewohnern (insbesondere der arbeitslosen Wohnbevölkerung, Komplement: "Muskelkapital") ermöglicht werden,
- Spezialkredite für Initiativen zur Förderung von Technologietransfer zwischen Forschung und Serienproduktion mit Beschäftigungseffekten aktiviert werden,

---

<sup>37</sup> Beispiel: Vgl. Modellüberlegungen und Planungen des "Verbundes für Beschäftigung, Heidelberg" zum Wohngebiet Mörgelgewann: Bewohnerinnen und Bewohner, insbesondere sofern arbeitslos, sanieren ihren Stadtteil selbst. (Innere und äußere Sanierung)

- 
- Kombi-Kredite gewährt werden, die Existenzgründungsvorhaben von Sozialhilfeempfängern ermöglichen. Die Refinanzierung erfolgt durch den Wegfall der Sozialhilfe im städtischen Haushalt, z.B. während der nächsten 5 Jahre.

## **Dauerhafte Beschäftigung und Stärkung der regionalen Wirtschaft**

Mit diesen fünf Beispielen ist gezeigt, wie der Verwaltungshaushalt einer Kommune, durch mittelfristige Einsparung von Sozialhilfekosten und durch Einsparung von Energiekosten, entlastet werden kann. Damit kann die Zuführung<sup>38</sup> zum Vermögenshaushalt aus dem Verwaltungshaushalt verbessert werden. Diese Verbesserung stärkt die Investitionskraft der Stadt und verbessert so die Auftragslage des heimischen Mittelstandes - sei es nun in der Gemeinwesenwirtschaft, bei der auch die sozialbetreuerische Komponente wesentlich ist, oder im traditionellen Handwerk bzw. Mittelstand. Die Stadt in ihrer Gesamtheit, im privaten und öffentlichen Sektor, hat einen Vorteil davon, künftig Transferkosten durch Arbeitskosten zu ersetzen.

---

<sup>38</sup> Vgl. Bild 6: Lokale Ökonomie, Phase 2

# Lokale Ökonomie

## Ein Lösungsansatz zur Schaffung von Arbeitsplätzen Phase 2

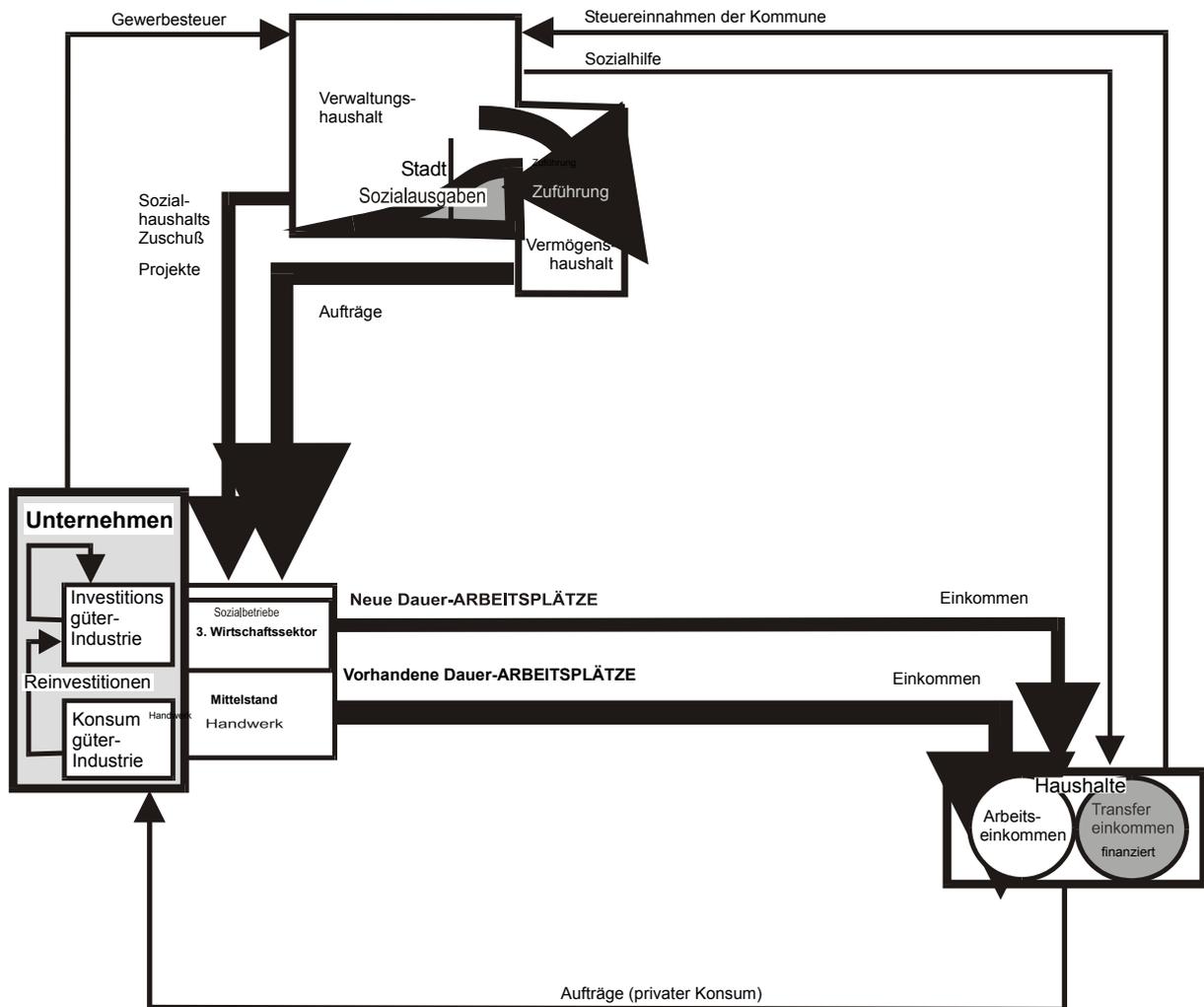


Bild 6

Nach dem in der ersten Phase beschriebenen Initialprozeß - Finanzierung von Arbeit statt Sozialhilfe - spart die Kommune die Folgekosten von Arbeitslosigkeit, die Folgekosten von unterlassenen Sanierungen, die Folgekosten von Umwelt und Naturzerstörung u.s.w. Die Nachfrage wird über Arbeitseinkommen erzeugt, und auch übergangsweise kreditfinanzierter Konsum der Haushalte kann über Arbeitseinkommen abgesichert werden. Nach und nach verbessern sich so auch die Steuereinnahmen und die Zuführung zum Vermögenshaushalt. Auf dieser Basis können die Aufträge mittelfristig in traditionelle Aufträge aus dem Vermögenshaushalt übergehen.

Lothar Binding

**SPD**

Wenn bei diesem Prozeß kooperativ zwischen Stadt, Handwerk, den Banken und den Beschäftigungsbetrieben vorgegangen wird, könnten enorme Vermögenswerte, die heute starker Wertminderung unterliegen, erhalten oder gesteigert werden.

Die Verbesserungen bei den Gewerbesteuereinnahmen, die Anregungswirkungen im Verbrauchsgüter- und als dessen Folge auch im Investitionsgütermarkt, verstärken oben beschriebene Effekte. Der Teufelskreis des Arbeitsmarktes ist durchbrochen<sup>39</sup>.

## Arbeitsmarkt in der Aufwärtsspirale

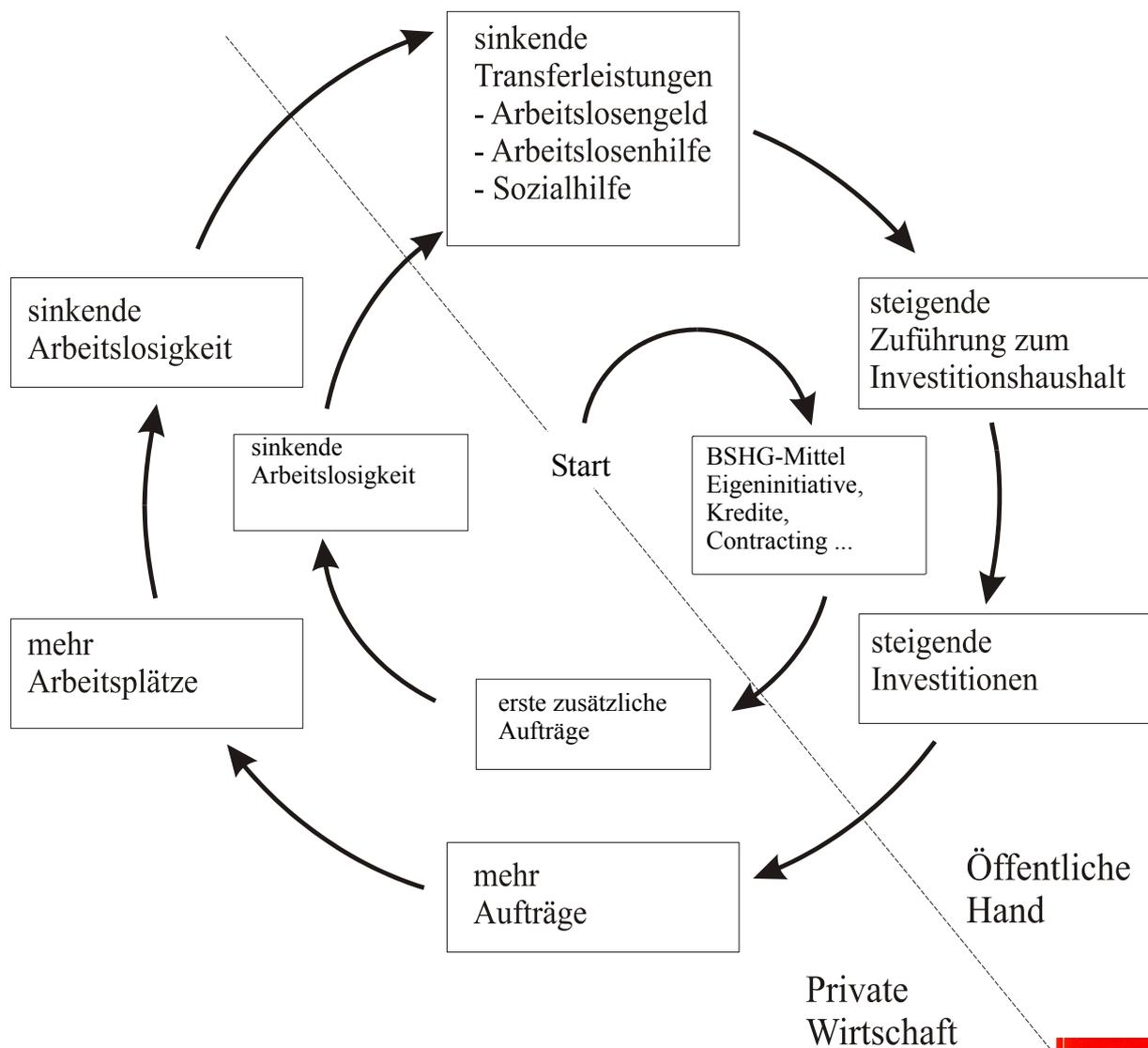


Bild 7

<sup>39</sup> Vgl. Bild 7: Arbeitsmarkt in der Aufwärtsspirale



Aus Platzgründen vernachlässigt diese Betrachtung alle sehr wichtigen sozialen und psychischen Folgen längerer Arbeitslosigkeit und deren Bedeutung für das Schicksal der Betroffenen. Aus gleichen Gründen werden auch die gesellschaftlichen Folgen von Arbeitslosigkeit nicht dargestellt. Diese brauchen eine eigene ausführliche Betrachtung.

Hier soll lediglich erwähnt werden, daß die gravierenden Folgen aller Verwerfungen am Arbeitsmarkt langfristig auch zu enormen gesellschaftlichen Kosten führen, die leider allzuoft bei legislaturbeschränkten Politbetrachtungen vergessen oder bewußt verdrängt werden.

Lothar Binding

**SPD**